

Bündnis MUT kritisiert „weitere Stallbauten“

Antrag stammt aus dem Jahr 2010

LANDKREIS ▪ Bündnis MUT (Mensch, Umwelt, Tier) äußert sich kritisch zu „weiteren Stallbauten im Landkreis Oldenburg“ und stellt diese in einen direkten Zusammenhang mit dem geplanten Schlachthof in Ahlhorn (Gemeinde Großenkneten). Von einigen Befürwortern des Schlachthofs habe es die Zusage gegeben, keine weiteren Stallbauten zur Belieferung mit geplanten Schlachthof zu realisieren, so Bündnis MUT. Nun hätten aber die Anwohner der Ortschaft Amelhausen (Gemeinde Großenkneten) eine Mitteilung erhalten, dass der Landkreis weitere Stellungnahmen zu einem geplanten Hähnchenmaststall in der Ortschaft eingeholt habe, unter anderem von der Landwirtschaftskammer. Bis zum 26. Juli dürften die Anwohner dazu Stellung nehmen.

Rechtliche Schritte eine Option

Festzuhalten bleibt, dass der erste Antrag für den Maststall in Amelhausen bereits aus dem Jahr 2010 stammt. Zu diesem Zeitpunkt war der Schlachthof in Ahlhorn noch gar nicht im Gespräch. Darüber hinaus scheint die Realisierung des Schlachthofs angesichts der jüngsten politischen Entwicklung in der Gemein-

de Großenkneten und massive Bürgerproteste zweifelhaft.

Ungeachtet dessen weist Bündnis MUT auf vermeintliche Mängel des Bauantrages in Amelhausen hin: „Der Abluftschacht ist keine 300 Meter von drei benachbarten Wohnbebauungen und nur 50 Meter von der Schulbushaltestelle entfernt. Auch die nachgewiesenen zusätzlichen Stickstoffeinträge in das bereits deutlich überlastete Naturschutz- und FFH-Gebiet Poggenpohlsmoor scheint für die Landkreisverwaltung und die Landwirtschaftskammer kein Problem darzustellen“, heißt es in der Pressemitteilung. Besorgnis erregend sei auch die Tatsache, dass keine wirksame Filteranlage vorgesehen sei.

„Sofern der Landkreis, ebenso wie im Fall der Hähnchenmastanlage in Bissel, seine Prüfungs- und Vorsorgepflicht vernachlässigen und eine rechtswidrige Genehmigung aussprechen sollte, weiß Bündnis MUT in diesem Verfahren namhafte klageberechtigte Umweltverbände an seiner Seite und wird nötigenfalls die fragwürdige, menschen- und umweltgefährdende Genehmigungspraxis des Landkreises auf juristischem Wege überprüfen lassen“, heißt es in der Pressemitteilung abschließend. ▪ js